

Bischof Prof. Dr. Martin Hein, Kassel
(Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck)

Christlicher Glaube und Politik: Was das eine mit dem anderen zu tun hat
*Ansprache beim Adventsempfang der Evangelischen Kirchen in Thüringen,
08.12.2011, Augustinerkloster Erfurt.*

In November dieses Jahres liefen im Fernsehen gleich zwei Serien über die Borgias und den vermeintlich schlimmsten aller Päpste, Alexander VI. Diese Serien erzeugten eine hohe Aufmerksamkeit. Denn sie führten, neben viel „Sex and Crime“, an einem drastischen Beispiel vor Augen, was geschieht, wenn Religion und Politik ineinander fallen. Gottesstaaten und Priesterherrschaften, in denen die Religion einen politischen Herrschaftsanspruch erhebt, sind für uns heute mit Recht – nicht zuletzt wegen der Erfahrung mit den Borgias und anderen dunklen Gestalten der Kirchengeschichte – ein Schreckgespenst. Aber auch mit totalitären Staaten und Gesellschaften, die sich von der Religion vollkommen abwenden, jegliche Form von Religion meinen beseitigen oder durch eine religionsähnliche Ideologie ersetzen zu müssen, haben wir im Laufe der Geschichte keine guten Erfahrungen gemacht.

Gerade wegen dieser beiden Extreme lässt sich feststellen: Politik und Religion sind seit jeher zwei Lebensbereiche, die nicht ohne einander können, es aber miteinander zuweilen sehr schwer haben.

Religion war immer auch Kritik an der Politik, insofern der Hinweis auf die Macht der Götter oder des einen Gottes die Macht der Mächtigen einschränkte. Insofern bleibt Religion stets der natürliche Feind all jener Formen von Macht, die Alleinherrschaftsansprüche stellen.

Religion war aber auch Stütze der Politik, insofern sie die Macht der Herrschenden göttlich legitimierte und verklärte und sich oft genug missbrauchen ließ.

Politik war immer auch Kritik an der Religion, insofern sie gerade deren umfassenden Anspruch abwehrte und die Religion in den Bereich des

Moralischen oder der „Werte“ verwies, ihr also höchstens eine beratende Funktion zugestand.

Politik war aber auch eine problematische Stütze der Religion, insofern die Religion ihre Dienste bereitwillig in Anspruch nahm und die Politik die Religion ihrerseits mit weltlicher Macht ausstattete.

Es ist ein Kennzeichen unserer Moderne, dass sie diesem Zusammenhang auf die Spur gekommen ist und darauf reagiert hat. Zur Emanzipation des modernen Menschen gehört die Befreiung sowohl von den Fesseln der Alleinansprüche von Religion als auch von den Fesseln der Alleinansprüche politischer Macht. Dieser Aspekt der Säkularisierung, nämlich die Entpolitisierung der Religion und die Entsakralisierung der Politik stellt ein zutiefst gemeinsames Anliegen dar.

In modernen Gesellschaften ist es nicht mehr möglich, dass sich Glaube und Politik gegenseitig legitimieren oder desavouieren. Aber ignorieren können sie sich eben auch nicht! Sie müssen aufeinander hören, miteinander reden, sich also wechselseitig wahrnehmen.

Denn wir teilen – Gott sei Dank – nicht mehr die Macht unter uns auf. Politische Macht ist in demokratischen Gesellschaften klar durch die Gewaltenteilung definiert. Wir ringen als Kirchen und Politik auch nicht darum, wer die Macht im Staat hat. Die hat, in einer Demokratie wie der unseren, immer das Volk. Dafür steht das Kreuz auf dem Wahlzettel, das diejenigen, die gewählt worden sind, in die Pflicht nimmt. Es ruft die politisch Verantwortlichen in den Dienst an den Menschen.

Wenn die Gewaltenteilung das Kennzeichen der modernen Politik ist, dann ist der Verzicht auf Machtausübung durch Gewalt das Kennzeichen eines modernen Christentums. Schon Martin Luther war es, der den päpstlichen Anspruch, die geistliche Macht stehe über der weltlichen, kritisierte, als er sich 1520 an den Adel, also die weltlichen Herrscher des Reiches wandte, um sie für die Sache der Reformation zu gewinnen. Aber die Verführungen der Macht blieben! Voller Erschrecken sehen wir, welche Spur von Gewalt und Machtanmaßung

wir hinter uns herziehen – unabhängig von der jeweiligen Konfession. Darum wecken Figuren wie Rodrigo Borgia alias Alexander VI. so ein hohes Interesse: Sie gehören in die Schuldgeschichte der christlichen Kirche, der wir uns stellen müssen.

Im 20. Jahrhundert haben Theologie und Kirche endlich wieder neu entdeckt, was Advent, was also das Kommen Gottes in unsere Welt in Wahrheit bedeutet: Gott wird Mensch und erduldet die Gewalt lieber, als dass er sie ausübt. An die Stelle der Machtausübung durch Gewalt steht die Herrschaft durch Liebe und Gerechtigkeit, die dem Menschen seine Würde nicht raubt, sondern zutiefst verleiht und zugesteht. Es ist der von Gott gewürdigte Mensch, um den es geht. Dafür steht das Kreuz Christi. Es nimmt diejenigen, die sich unter dieses Kreuz stellen, ebenfalls in den Dienst an den Menschen.

Den *Dienst an den Menschen* haben christlicher Glaube und Politik in modernen Gesellschaften gemeinsam – wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive! Die Politik tut dies vor dem Horizont der begrenzten Zeit, der knappen Ressourcen und der Konflikthaftigkeit unseres Daseins. Der Glaube tut es vor dem Horizont der Ewigkeit, der Fülle des göttlichen Heiles und der Versöhnung. Das meint weder einen Gegensatz noch eine Konkurrenz. Politik wie Religion fragen: Wie wird eine gerechte Gesellschaft möglich? Und beide, Politik und Religion, treffen sich in der Frage nach dem, was uns befähigt, uns für Gerechtigkeit einzusetzen.

Politische Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen, ist schon an sich ein schweres Geschäft, aber ich glaube, dass es in den letzten Jahren noch schwerer geworden ist.

Der Druck der Öffentlichkeit ist extrem hoch, weil es neue Formen der Beteiligung, aber eben auch der Verweigerung gibt: Das zeigt zum Beispiel die Entwicklung um „Stuttgart 21“, das machen aber auch manche umstrittene kommunalpolitische Vorhaben und nicht zuletzt die Occupy-Bewegung deutlich. Zugleich sind die Erwartungen an die Politik immer mehr gestiegen, oft weit über das Menschenmögliche und alle Vernunft hinaus. Und schließlich haben viele

politische Entscheidungen inzwischen eine Reichweite, die niemand mehr überblickt und vor der man sich fürchten kann.

Ungeheure Summen müssen derzeit bewegt, Projekte mit kaum auslotbaren Langzeitfolgen auf den Weg gebracht werden. Viele Faktoren spielen hinein, die politisch kaum gestaltbar sind und die uns, Religion und Politik, gemeinsam umtreiben, weil sie die Handlungsspielräume enorm einengen: die prekäre Finanzlage, der allmählich dramatisch werdende demographische Wandel, die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, der immer dynamischer wird, die schwierigen Fragen in der Bildungspolitik, die auch die Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung unserer Gesellschaft widerspiegeln, die Globalisierung, die Auswirkungen hat bis in scheinbar entlegene Regionen, und seit einiger Zeit erneut das bedrückende Problem eines rechtsradikalen Terrorismus, der uns zutiefst beunruhigt.

Dieses Bündel von höchst komplexen Herausforderungen droht politisch Verantwortliche zu überfordern! Angesichts der Rasanz, mit der sich die Verhältnisse verändern, sind eine Politik der „ruhigen Hand“ oder das bedächtige Aussetzen und Abwarten eben nicht mehr möglich.

Wie kommt die Politik da weiter? Wie kommt sie heraus aus lethargischer Tatenlosigkeit einerseits oder schierer Hyperaktivität andererseits?

Ich möchte Ihnen, die Sie für das politische Geschäft verantwortlich sind, hier im Erfurter Augustinerkloster einen Satz ans Herz legen, den Martin Luther im August 1521 aus dem Exil auf der Wartburg seinem Freund Philipp Melanchthon geschrieben hat. Melanchthon war, wie wir wissen, ein eher zögerlicher, ja ängstlicher Mensch, weil er sich meist vor den Konsequenzen seines Handelns fürchtete. Die Last, Luther in Wittenberg vertreten zu müssen, glaubte er nicht schultern zu können. Offensichtlich hatte er Luther zuvor dem Sinn nach geschrieben: Er sei doch nur ein armer Sünder und dem allen nicht gewachsen, wie könne er da an Luthers Stelle Entscheidungen mit großer Folgewirkung fällen?

Luther antwortete ihm in einem Brief: „Sei ein Sünder und sündige tapfer!“, und weil es so schön kernig klingt, noch mal auf Latein: „Esto peccator et pecca fortiter!“ Dieser Satz hat es in sich!

Vielleicht denken Sie: Wir als Politiker, Politikerinnen und gesellschaftlich verantwortliche Menschen werden zum tapferen Sündigen aufgefordert? Ja, genau, lautet die Antwort. Aber eben in einem bestimmten Sinn: Denn die Betonung liegt auf „tapfer“.

Wir haben – so jedenfalls ist es die christliche Sicht – gar keine andere Wahl, als zu „sündigen“: Wir sind begrenzt in unserem Wissen, eingeschränkt in unseren Einsichtsmöglichkeiten, und wir leben nicht ewig auf dieser Welt, sondern sind dem Tod ausgeliefert. Das ist eine triviale Einsicht, aber sie schützt uns vor Selbstanmaßung und Selbstüberforderung. Irren ist menschlich und keineswegs der Ausnahmefall!

Luther schreibt weiter: „Sei ein Sünder und sündige tapfer, aber vertraue noch stärker und freue dich in Christus.“ Darauf kommt es an, und hier liegt die Pointe: *Vertrauen* ist die Voraussetzung zu entschlossenem Handeln. Und die Quelle allen Vertrauens – das sagt nun die Religion der Politik – ist das Gottvertrauen, also das Zutrauen darin, dass Gott unsere – prinzipiell fehlbaren – Entscheidungen trägt und begleitet. Wenn wir ernsthaft nach seinem Willen und nach dem fragen, was den Menschen dient, werden wir fähig, bei aller eigenen Begrenztheit Entscheidungen zu treffen. Wir legen sie – religiös gesprochen – in Gottes Hand in dem Vertrauen, dass er zu dem, was wir nach dem Maß menschlicher Einsicht und Vernunft entscheiden und tun, seinen Segen gibt.

Ein Kernsatz christlichen Glaubens ist das. Und zugleich ist es ein unmittelbar politischer Satz. Er öffnet einen Raum der Freiheit, der beherztes politisches Handeln ermöglicht. Er lädt ein zur Besonnenheit und will uns inmitten der allorts spürbaren Aufgeregtheit zur Gelassenheit ermutigen. Aus einer vertrauensvollen Besonnenheit und Gelassenheit heraus entwickeln sich nachhaltige Perspektiven, die wir brauchen, um die Fragen nach einer lebenswerten Zukunft unserer Gesellschaft beantworten zu können.

